



Editorial

Klimatisten

Der neue grüne Kommunismus.

24.04.2019

Von Roger Köppel

Wir haben in der letzten Ausgabe nachgewiesen, dass der sogenannte Klimaschutz nichts bringt. Das Klima muss nicht geschützt werden. Es hat sich immer geändert, seit Jahrmillionen, und es wird sich weiter ändern.

Bis heute fehlt es an wissenschaftlichen Beweisen, dass der Mensch einen massgeblichen Einfluss auf den Klimawandel ausübt. Dass er einen Einfluss hat, ist unbestritten, wie gross aber dieser Einfluss ist, darüber gibt es keine gesicherte Theorie.

Dann die Zahlen: Die Schweizer produzieren rund ein Tausendstel des weltweiten menschengemachten CO₂, nicht ein Zehntausendstel, wie ich letzte Woche, schwindlig ob all der Winzigkeiten, geschrieben habe. Mea maxima culpa!

Am Argument freilich ändert sich nicht das Geringste.

Die Menschen blasen weltweit rund 3 Prozent des Gesamt-CO₂ in die Atmosphäre, die restlichen 97 Prozent kommen direkt aus der Natur, vor allem aus den Ozeanen. Die Schweiz produziert mit anderen Worten ein Nichts von 3 Hunderttausendstel des globalen Insgesamt-CO₂.

Nun kann man sich natürlich der politischen Lebensaufgabe verschreiben, dass die Schweiz in einem einsamen Kraftakt ihr globales Nichts von drei Hunderttausendstel auf ein Übernichts von null Hunderttausendstel absenkt.

Erforderlich wäre ein revolutionärer Umbau unserer Wirtschaft, unserer Gesellschaft, unseres Lebens, damit wir das Globalnichts an CO₂, das wir heute produzieren, künftig zu einem noch nichtigeren Nichts verringern, das ebenso nichts dem Klima brächte.

Keine besonders vernünftige, um nicht zu sagen: eine komplett verrückte Politik.

Je verrückter die Politik, desto gescheiter und intelligenter aber müssen die Theorien klingen, die zu ihrer Umsetzung bemüht werden.

Ich vergleiche die Klimaretter mit den Kommunisten. Die Kommunisten sahen sich als Rächer und Retter der angeblich unterdrückten Unterschicht. Die Klimatisten sind die Rächer und Retter des angeblich misshandelten Klimas, das sie zum Wohle der Menschheit gegen die Menschheit verteidigen müssen.

Die Kommunisten fühlten sich mit den höheren Wahrheiten der Geschichtsphilosophie im Bunde. Damit rechtfertigten sie alles, auch alle Gräueltaten. Sie hatten die Weltformel der Gesellschaft und der Wirtschaft geknackt. Sie handelten im Auftrag dessen, was sie als wissenschaftlich gesicherte Erkenntnis empfanden. Nur Dumme oder Verbrecher konnten anderer Meinung sein.

Ähnlich selbstbewusst gehen die Klimatisten vor. Auch sie haben die objektive Weltformel entschlüsselt, glauben es zumindest, nämlich die Weltformel des Klimas. Wie die Kommunisten die Geschichte, so durchschauen die Klimaretter das Klima, ein hochkomplexes Multifaktorensystem demagogisch auf ein paar einprägsame Slogans eindampfend.

Für den Erfolg einer politischen Gruppierung ist allerdings die Benennung des Feindes erst der matchentscheidende Faktor. Die Nazis hatten den Rassenfeind, die Kommunisten hatten den Klassenfeind. Die Klimatisten haben den Klimafeind aggressiv im Visier: Es ist der Rindfleisch essende, Auto fahrende, Flugzeug fliegende und CO₂-produzierende Individualist, der selbstbestimmte Mensch, vornehmlich Mann, vornehmlich weiss, denn gegen Migrationsbewegungen aus dem Süden haben die Klimatisten nichts, also der industrielle Nordmensch, der sich nicht ins Kollektiv, in die Kolchose einer von oben gelenkten CO₂-neutralen Herde zwangseinweisen lassen will.

Die grünen Kommunisten können bei Wahlen gewinnen, aber wenn ihre Anliegen konkret und teuer werden, stimmen die Bürger in der direkten Demokratie meistens dagegen. Deshalb müssen die Grünen früher oder später, wenn sie ihre Ziele verwirklichen wollen, die Klimadiktatur einführen.

Kürzlich sagte mir jemand an einem Vortrag, ich sei verrückt, so etwas zu behaupten. Die Grünen, er sei selber einer, würden doch keine Diktatur anstreben. Sie seien nur dafür, dass auch das Klima in der direkten Demokratie seinen Fürsprecher bekomme.

Irrtum. Natürlich werden die Klimaretter bei der Diktatur landen. Das geht denknotwendig aus ihrem Staats- und Menschenbild hervor.

Die Demokratie beruht auf der Vorstellung des mündigen, vernunftbegabten Menschen, der selber am besten weiss, was für ihn gut ist. Der Staat ist ein notwendiges Übel. Sein Hauptzweck besteht darin, zu verhindern, dass die Starken die Schwachen erdrücken. Für den Demokraten muss der Staat den Menschen nicht zum Guten erziehen. Er muss nur dafür sorgen, dass nicht eine Machtgruppe den Staat missbraucht, um allen anderen ihre Vorstellung eines richtigen Lebens aufzuzwingen.

Die Grünen sehen es anders. Für sie ist der Staat ein Zwangsinstrument, um die von ihnen als richtig erkannte Lebensweise durchzupfeitschen, sie bis in intimste Details zu regeln. Für sie ist die Essenz der Politik die Vorschrift, das Verbot.

Den Menschen halten sie für unmündig, für unfähig, selber zu erkennen, was gut für ihn ist. Sie glauben nicht daran, dass die Menschen von sich aus auf die grünen Verheissungen einsteigen und ihr zerstörerisches Verhalten freiwillig aufgeben. Deshalb muss der Mensch von oben erleuchtet, zu seinem Glück gezwungen werden.

Die grüne Intoleranz, ihre fiebrige Ungeduld, der grüne Hass auf Andersdenkende und Kritiker ist die Folge ihres Selbstbilds. Sie vertreten ja nicht irgendeine subjektive Meinung, sondern sie stehen für die Wahrheit, die sie über den niederen Meinungsstreit in Wissenschaft und Demokratie erhebt.

Weshalb eigentlich sind ausgerechnet die Klimaretter, sind die Grünen und Grünliberalen so heiss auf den EU-Rahmenvertrag? Weil sie erkannt haben, dass dieser Vertrag so undemokratisch ist wie sie selber.

Nur Leute, die dem Staat zu viel und den Menschen zu wenig zutrauen, sind für diesen EU-Rahmenvertrag. Sie sind fasziniert, beglückt von diesem Abkommen, das die EU mitsamt ihren Richtern als neuen Schweizer Gesetzgeber installiert über Volk, Kantone und Parlamenten.

So etwas kann nur wünschen, wer dem demokratischen Souverän, wer den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes, misstraut, sie als Feind seiner politischen Ideen verachtet. So etwas kann nur gut finden, wer den Staat als überdemokratisches Machtmittel braucht, weil er keine Lust hat oder weil ihm die Kraft und die Argumente fehlen, eine Mehrheit von seiner Politik zu überzeugen.